

# USA - Jeff Paterson, inhaftierter KDV'er wieder frei

## JEFF PATERSON IST FREI!

"Die kleine Hürde ist überschritten... Jetzt müssen wir den Krieg stoppen"

Jeff Paterson, zu den Medien am 6. Dezember 1990

Der 22jährige frühere Marinekorporal Jeff Paterson, der erste aus antimilitaristischen Motiven die gegenwärtigen Kriegsvorbereitungen im Mittleren Osten verweigernde GI, ist frei.

Am 16. August machte Jeff seine erste öffentliche Erklärung, daß er nicht daran denke, "einen Bauern im US-amerikanischen Machtpoker für Profit und Öl im Mittleren Osten" abzugeben. Jeff wurde unmittelbar danach das Verlassen der Kaserne verboten und mit seiner Einheit in den Mittleren Osten beordert. Am 29. August nahm er wie durch ein Wunder, trotz Verbots die Kaserne zu verlassen und den Medien Auskünfte zu geben, an einer Anti-Kriegsdemonstration und Pressekonferenz am Eingangstor zur Kaneohe Marine Corps Air Station (Hawaii) teil. Wenige Stunden später gab er im Angesicht von Hunderten von Marinesoldaten seinen Rang zurück und setzte sich auf die Start- und Landebahn - er weigerte sich damit das Transportflugzeug nach Saudi-Arabien zu besteigen.

Am 12. Dezember 1990 wurde Jeff aus dem Camp Pendleton entlassen. Das war der Mann, von dem das US-Marine Corps unter Eid vor Gericht behauptete, daß er ein "Risiko für die Nationale Sicherheit" darstelle. Die Rechtsvertreter des Marine Corps argumentierten während der Anhörungen zu Jeff's Fall beständig, daß seine Aktionen einen solchen Schaden für die Moral und die Disziplin der Soldaten verursacht hätten, daß dem nur die strengste Sicherheitsverwahrung und Bestrafung gerecht werden könne.

Die Entscheidung, ihn durch das in höchstem Maße mit medialer Aufmerksamkeit bedachten Kriegsgericht freizulassen, ging einher mit Nachrichten von wachsender nationaler und internationaler Unterstützung für Jeff und alle verweigernden GI's, die die riesig anschwellende Opposition gegen die "nackte Aggression" der US-Regierung im Mittleren Osten entstand.

\* In Paris wurde Jeff's Fall einer der Brennpunkte einer Demonstration, an der am 7. Dezember 3.000 Personen teilnahmen. Ein Komitee zur Verteidigung von Jeff Paterson und allen anderen verweigernden GI's wurde von französischen UniversitätsstudentInnen gebildet.

\* In Australien wurde Jeff Patersons Fall breit publiziert. Von dem in Sydney stationierten Radiosender ABC wurde er "Vorkämpfer der Anti-Kriegsbewegung" genannt. RepräsentantInnen der australischen Anti-Kriegsbewegung verlangten vor dem US-Konsulat seine Freilassung.

\* In Deutschland wurde Jeff's Fall von dienstleistenden GI's aufgenommen, wie auch von den GI-Organisationen *Fight back* und *Just say No Posse*, wie auch von der breiten Anti-Kriegsbewegung. Es gibt gegenwärtig in der BRD mindestens 16 GI's, die öffentlich ihre Verlegung verweigerten. Die GI-Verweigererbewegung erhielt breite Publizität (Der Spiegel), als die Bundesregierung das Parteibüro der Grünen durchsuchen ließ; nachdem sie einen Aufruf veröffentlicht hatten, indem sie US-Soldaten zur Desertion aufforderten.

(15)

\* In Japan nahm die Studentenorganisation an der Keio-Universität Jeff Patersons Fall auf, führte Pressekonferenzen durch und verteilte über die japanische Anti-Kriegsbewegung Erklärungen.

\* In England erhielt Jeff's Fall durch den *Manchester Guardian* und das nationale Fernsehen landesweite Publizität. Öffentliche Veranstaltungen zu Jeffs Verteidigung fanden in einer Anzahl von Städten statt.

\* In den Vereinigten Staaten nahmen studentische AktivistInnen, Vietnam-Veteranen, Anti-Kriegs-AktivistInnen, Friedens- und Jugendorganisationen etc. Jeffs Verteidigung auf. In Boston wurde ein Benefiz-Konzert durchgeführt. Demonstrationen fanden in Houston, New York, Berkeley, San Francisco, Santa Cruz, Seattle, Washington D.C. und an den Kaserneneinfahrten in den Staaten Washington, Florida, California, Texas und Hawaii statt. Zu dem ersten festgelegten Prozeßtag vor dem Kriegsgericht führten die *United Bay Area Vets against the War in the Middle East* eine Demonstration durch, infolgedessen wurde die *Alameda Naval Air Station* für einige Stunden geschlossen.

\* Gegenwärtig gibt es schätzungsweise an die 70 GI's, die aus dem Grund, daß sie gegen den Krieg sind, ihre Verweigerung erklärt haben und von der Presse beachtet wurden. Es gibt Hunderte, die jede Woche die Beratungsbüros für Kriegsdienstverweigerer aufsuchen. Die Anzahl derjenigen, die "eigenmächtig abwesend" sind (AWOL) ist bislang nicht bekannt, obwohl geschätzt wird, daß jene, die auf die eine oder andere Weise nicht mitmachen, in die Tausende gehen (nach Angaben der Militärs fehlten in Ft. Bragg, von den Einberufenen 180). Der Reservist des Marinecorps, **Eric Larsen**, reiste durch das Land und durch Europa und sprach sich gegen den Krieg aus. **Tom Cullerton** verbrannte in Orlando, Florida, seinen Einberufungsbefehl auf den Stufen zum Gerichtsgebäude am Tag an dem Jeff Paterson freikam. Er arbeitet nun mit drei anderen Verweigerern in Florida. **Stephanie Atkinson** tauchte unter (AWOL) und führte, zusammen mit fünf anderen verweigernden GI's am 20. Oktober eine Demonstration von 15.000 Menschen in New York an. **Sam Lwin** führte an dem Tag, an dem er seinen Einberufungsbefehl erhielt, eine Demonstration zum Tor der Kaserne Ft. Skyler. Nun sind es allein in seiner Einheit bereits sechs, die verweigern. **Ronald Jean-Baptiste** sieht einer Strafe entgegen, da er desertierte, eigenmächtig wegblieb und es vorzog, zur Truppenverlegung nicht zu erscheinen.

Jeff Paterson wurde indes ein internationales Symbol des Widerstandes gegen die Kriegsvorbereitungen der USA im Mittleren Osten.

Das Aktions-Netzwerk "Stop the War Machine No Matter What It Takes" (Stoppt die Kriegsmaschine mit allen Mitteln) wird eine Informations-Rundreise koordinieren. Jeff wird aktiv mit anderen verweigernden GI's im In- und Ausland arbeiten. Er startete gerade eine Einheitserklärung, welche bislang von 20 verweigernden GI's unterschrieben wurde.

Diese Erklärung wurde an dem Tag, veröffentlicht, an dem er vor dem Kriegsgericht erscheinen sollte:

"In der gegenwärtigen Situation sagen gut 2/3 der Soldaten öffentlich, daß sie kein Verlangen haben, nach Saudi-Arabien zu gehen

(16)

## USA - Paterson frei

und noch weniger nach einem Krieg für die Beherrschung der Weltressourcen... In einer Zeit in der Widerstand in der Armee von Tag zu Tag größer wird, sollte es für niemanden eine Überraschung sein, daß das Militär alle legalen Möglichkeiten der Verweigerung der Teilnahme an einem offensichtlich "ungerechten" Krieg geschlossen hat (Anmerkung: Nach Militärangaben "werden alle 11 Uhr <? Original 11th hour - fz> Anträge auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen im Theater <Saudi-Arabien> bearbeitet"!)

Viele Soldaten versuchen die Situation des bevorstehenden Krieges, der nicht der ihrige ist, dadurch zu verdrängen, indem sie sich sagen, daß er schon nicht kommen werde - mit jedem Tag wird diese Argumentation aber weicher. Wir, und mit uns die Dienstleistenden, sind in der historischen Situation entweder den Krieg zu stoppen oder dem dicken Ende entgegenzusehen. Es ist auch gut möglich, daß wir uns zwangsläufig für beides entscheiden müssen. Man kann nicht gegen diesen Krieg sein ohne unvoreingenommen jene zu unterstützen, die ihre militärische Karriere hinschmeißen und gegen den militärisch-industriellen Komplex aufstehen, egal ob sie Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen sind oder nicht und unabhängig von ihren politischen und religiösen Motiven. Wir dürfen nie aus dem Blickwinkel verlieren, daß der Status als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen nicht mehr ist, als das Mauselloch (im Original Taubenloch! - fz), geschaffen vom Militär und zu dessen Nutzen. Nur dadurch, daß wir JEDEN Widerstand entwickeln, können wir den Streit an der Front anwachsen lassen - hier und auf der anderen Seite der Welt.

Komitee zur Verteidigung von Jeff Paterson  
Honolulu, Hawaii  
29. Dezember 1990

Ein Angehöriger des Aktions-Netzwerks  
"Stoppt die Kriegsmaschine mit allen Mitteln"

(Jeff Paterson is free/Flugblatt hg. von Action Network c/o Box 2139, New York, NY 10108, Tel.: (212) 642-5228 - Übersetzung: fz)

## USA - Tote Soldaten schon vor dem Krieg

Auf einer Wahlkampfreise sah Präsident Bush vorige Woche erstmals Plakate mit Aufschriften wie „Kein Blut für Öl“.

Der Blutzoll des US-Einsatzes in der Ölregion ist bereits jetzt höher als bei der Panama-Invasion im vergangenen Dezember. Durch Unfälle fanden bislang 31 GIs den Tod, allein 13 beim US-Stützpunkt Ramstein, als ein Transportjet mit Kurs Nahost in Flammen aufging. In der Golfregion stürzten inzwischen 5 US-Flugzeuge und 15 Hubschauber ab.

Der SPIEGEL Nr. 43  
22. 10. 90

## USA - KDV

Im aktuellen US-Armee-Magazin 'Stars & Stripes' hat in einem Leserbrief ein GI bereits erklärt, er werde nicht für billigeres Benzin an den Tankstellen sterben, da werde er lieber zu Fuß gehen (7)

(7) Stars and Stripes 41:90

ami, 20. Jg., H. 11, November 1990, 1-4

17

## ERKLÄRUNG VON ERIC LARSEN, KDVer aus den USA

für eine Pressekonferenz der DFG-VK in Frankfurt, am 4. Dez. 90

Es ist ein Menschenrecht Nein zum Krieg zu sagen. Dienstleistende und Frauen haben das Recht, die Verlegung an den Golf zu verweigern.

Unglücklicherweise macht das Militär der Vereinigten Staaten es für Angehörige der bewaffneten Streitkräfte schwer, den Krieg durch die Beantragung des Status' "Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen" zu verweigern. So akzeptieren z.B. einige Armee-Vorgesetzte keine Anträge auf Entlassung aufgrund von KDV, wenn die Soldaten nach Saudi-Arabien sollen.

Jene Soldaten, die sich gegen den Krieg im Mittleren Osten aussprechen und den KDV-Status beantragen, gehen das Risiko ein, sich selbst in große Gefahr zu bringen. Ein Soldat, mit dem ich hier in der BRD gesprochen habe, erklärte: "Ich fürchte mich mehr vor den eignen Soldaten, als vor den Irakis." Und: "Falls ich nicht still halte, droht man mir in Saudi-Arabien eine Splitterbombe unter meinem Bett zu finden." Soldaten werden von Vorgesetzten bedroht und schikaniert, allein schon wenn sie sich nach den Regularien der Entlassung wegen KDV erkundigen.

GI's wurden in eine schwierige Situation gebracht und suchen oftmals Zuflucht in extremen Maßnahmen, wie der eigenmächtigen Abwesenheit von der Truppe (AWOL) oder indem sie eine strafrechtliche Verurteilung für Befehlsverweigerung riskieren. Wie kann jemand behaupten, daß die USA ein freies Land mit Meinungsfreiheit ist, wenn das eigene Militär nicht mal das Recht jedes Dienstleistenden, einen KDV-Antrag zu stellen, anerkennt, was das Recht jeder/s Dienstleistenden ist und Einschüchterungen und Bedrohungen verwendet um den Widerspruch gegen den Krieg im Mittleren Osten zu zermalmern.

Aus grundsätzlichen Erwägungen zog ich meinen eigenen Antrag auf Entlassung aufgrund von KDV wieder zurück. Wenn hunderten von GI's nicht uneingeschränkt erlaubt wird, einen KDV-Antrag zu stellen, die ebenso mit den Kriegsplänen im Golf nicht einverstanden sind, dann will ich es auch nicht tun. Ich verurteile die Struktur des ganzen Prozesses, GI's zu zwingen erst nach der Verlegung nach Saudi-Arabien, den KDV-Antrag stellen zu dürfen. Damit verfolgt man den Zweck, den Mut der Soldaten, ihrer Überzeugung zu folgen, zu brechen.

Um gegen die Kriegspläne meines Präsidenten zu protestieren, und sein Vorhaben, das US-Militär in eine Internationale Öl-Polizei zu verwandeln, erklärte ich den Austritt aus dem Militär. Ich werde zu der am 7. Dezember 1990 (Wochenende) anstehenden Drill-Ausbildung nicht erscheinen und werde, falls ich in den Golf eingezogen werden sollte, nicht antreten.

- \* Ich rufe alle Soldaten auf, darüber nachzudenken, warum sie in den Golf gesandt werden?
- \* Ich frage die Soldaten, ob der von Öl abhängige Lebensstil der AmerikanerInnen es wert ist, geschützt zu werden?
- \* Ich rufe Soldaten auf, ihrem Gewissen zu folgen und aufzuhören ihre Auffassung zu verraten, im Tausch für das GI-Papier oder die Berufsausbildung.

Ein Krieg am Golf wäre ein Blutbad - er darf nicht geschehen.

"Die Pioniere einer kriegsfreien Welt sind jene jungen Männer, die den Militärdienst verweigern." - Albert Einstein

18

(Übersetzung: fz)



Bei der Demonstration "Kein Krieg am Golf" am 24.11.1990 auf dem Bonner Marktplatz hat der amerikanische Marinere-servist Erik Larsen einen großen Eindruck hinterlassen. Wir dokumentieren deshalb auch seinen Redebeitrag. Die weiteren Beiträge incl. Pressespiegel sind als Broschüre zu beziehen.

## Rede von Erik Larsen, Bonn 24.11.90

*General, Dein Tank ist ein starker Wagen.*

*Er bricht einen Wald nieder und zermalmt  
hundert Menschen.*

*Aber er hat einen Fehler:  
Er braucht einen Fahrer.*

*General, Dein Bombenflugzeug ist stark.*

*Es fliegt schneller als ein Sturm und  
trägt mehr als ein Elefant.*

*Aber es hat einen Fehler:  
Es braucht einen Monteur.*

*General, der Mensch ist sehr  
brauchbar.*

*Er kann fliegen und er kann töten.*

*Aber er hat einen Fehler:  
Er kann denken.*

*(aus den "Svendborger Gedichte")  
Bertolt Brecht*

Guten Tag, mein Name ist Erik Larsen. Ich bin Obergefreiter in der Reserve der Marine-Infanterie der Vereinigten Staaten. Ich bin beim 4. Leichten Flugabwehrraketen-Bataillon, des 4. Marine-Infanterie-Geschwaders. Ich bin seit vier Jahren bei der Marine-Infanterie; ich bin Radar-Mechaniker für das HAWK-Raketensystem.

Mein Recht, ein denkender, fragender Bürger des Menschengeschlechtes zu sein, hat mit der Unterzeichnung bei der Marine-Infanterie am 31. Juli 1985 nicht aufgehört. Das U.S. Militär hat versucht,

mir das Recht, ein freidenkender Mensch zu sein, zu versagen. Sie haben versucht, mir mein Gewissen und meine Menschlichkeit wegzunehmen. Es ist ihnen nicht gelungen.

Das U.S. Militär verbietet Soldaten und Soldatinnen, aktiv Demonstrationen im Ausland zu organisieren oder daran teilzunehmen. Ich bin trotzdem bereit, das Risiko auf mich zu nehmen, weil ich nicht will, daß ein Krieg im Nahen Osten beginnt. Ein Krieg im Persischen Golf wird ein Fehler sein. Ich persönlich werde jeden Befehl verweigern, der mich nach Saudi-Arabien bringt. Ich weigere mich, irgendeine Aufgabe in dem Krieg im Nahen Osten zu übernehmen.

Ich bin nach Deutschland gekommen, um Euch zu sagen, daß ein Krieg im Nahen Osten nicht vom amerikanischen Volk unterstützt wird.

Ich bin nach Deutschland gekommen, um amerikanischen G.I.'s, die hier stationiert sind, zu sagen, daß es eine Widerstandsbewegung in den Vereinigten Staaten gibt.

Ich bin nach Deutschland gekommen, um Euch dringend zu aufzufordern, keine auch nur irgendwie geartete Bewegung von Präsident Bush, einen bewaffneten Konflikt zu beginnen, zu unterstützen.

Diese Krise im Nahen Osten ist nicht nur ein ungerechtfertigter Angriff des Irak gegen Kuwait. Es ist der Anfang eines Nord-Süd-Konfliktes, der auf die Dauer destabilisierend auf die Region wirken wird. Die amerikanische Präsenz im Nahen Osten hat die arabische Welt geteilt, und hat die Nationen in dieser Region bisher davon abgehalten, ihre eigenen regionalen Konflikte zu lösen.

Amerikaner kaufen der internationalen Presse ihre Propaganda nicht ab. Niemand in diesem Konflikt kann behaupten, das Monopol für Menschenrechte oder internationales Recht zu haben.

Die Scheinheiligkeit, mit der die westliche Welt Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für ein Volk wie die Palästinenser beiseite schiebt zugunsten von Profiten für Geschäftsleute und Ölbesitzer, ist erschreckend. Die Araber sind der kolonialistischen Interventionen überdrüssig, und sie fangen an zu begreifen, daß die Leute aus dem Norden nicht an einem Frieden für die Entwicklungsländer interessiert sind.

Die militärischen Bewegungen von Saddam Hussein wurden gestoppt, und nun ist es Zeit, über die Grenzkonflikte zwischen Irak und Kuwait zu verhandeln, und über die wirtschaftlichen Probleme zu sprechen, wer welches Stück vom Kuchen der Rumalia-Ölfelder und den Zugang zum Golf bekommt.

Das amerikanische Volk wird keinen Krieg im Nahen Osten unterstützen. Die neueste Umfrage, die das amerikanische "Time Magazine" veröffentlichte, zeigt, daß nur noch 47% der Amerikaner eine militärische Lösung der Krise befürworten. Bush's Unterstützung nimmt im Laufe der Zeit immer mehr ab.

Ron Dellums und Peter Stark und viele andere führende Kongressabgeordnete erheben Klage gegen George Bush, um ihn davon abzuhalten, im Alleingang ein Abkommen zum militärischen Erstschlag mit den Führern im U.N. Sicherheitsrat zu vereinbaren.

Unsere Verfassung verbietet dem Präsidenten, einseitig einen Krieg zu erklären.

Wenn Bush einen Krieg beginnen will, muß er die Zustimmung des amerikanischen Volkes haben - und er hat ihre Unterstützung nicht.

Der 20. Oktober war ein bedeutender Tag für die Friedensbewegung in den Vereinigten Staaten. In über 18 größeren Städten kam es zu Demonstrationen - die größte war in New York City. Ak-

tivitäten wurden in halsbrecherischem Tempo organisiert, um einen Krieg zu verhindern, bevor er ausbricht. Es gibt eine breites Bündnis von Gewerkschaftern, Studenten, Pensionären, Farbigen, Soldaten und konservativen Geschäftsleuten. Wenn es zum Krieg kommt, wird es einen gewaltigen Aufruhr in den Vereinigten Staaten geben, wie man ihn noch nicht erlebt hat.

Zum ersten Mal in der neueren Geschichte werden wir Zeuge, daß G.I.'s eine Widerstandsbewegung in's Leben rufen, um einen Krieg zu verhindern, bevor er beginnt. Viele G.I.'s verweigern und geben öffentlich Erklärungen über die verfehlte Außenpolitik meines Oberbefehlshabers ab.

Specialist (*Dienstgrad in der army*) Stephanie Atkinson sagte in einer öffentli-

chen Erklärung mit sechs anderen Soldaten am 20. Oktober: "Es ist nicht richtig, einen Krieg wegen Öl zu beginnen. Ich denke, daß wir das Geld, das wir ausgeben, um eine königstreue Familie auf dem kuwaitischen Thron zu erhalten, besser hier zu Hause verwenden sollten."

Tom Cullerton von der Küstenwache hat seinen Befehl, nach Saudi-Arabien zu gehen, während einer Demonstration vor einem öffentlichen Gebäude des Bundesstaates in Orlando, Florida, öffentlich verbrannt.

Jeff Petterson, Marine-Infanterie, muß mit einer Gefängnisstrafe von zwei bis fünf Jahren rechnen, weil er sich weigert zu kämpfen, und wird nun als nationales Sicherheitsrisiko bezeichnet, weil er seinen Widerstand öffentlich bekundet: "Ich will kein Unterpfand im amerikanischen Machtspiel für Profite und Öl sein."

Es gibt hunderte von G.I.'s in Militärgefängnissen überall in den Vereinigten Staaten, die sich geweigert haben, an den Golf zu gehen und denen man "Vergehen" wie unerlaubte Entfernung von der Truppe oder Befehlsverweigerung zur Last legt. Es gibt ebenfalls einen Widerstand hier in Deutschland und ich bin hierher gekommen, um für diejenigen zu sprechen, die Angst haben selbst zu sprechen. Ich bin hierher gekommen, um die Nachricht zu verbreiten, daß G.I.'s sich weigern, einen Krieg zu führen für Amerikas verschwenderischen und abhängigen Lebensstil. Bevor Ihr geht, denkt darüber nach, was ihr tut, und folgt eurem Gewissen!

Ein Großteil der Truppen im Nahen Osten kommt aus den Vereinigten Staaten. In einem Monat werden schon 500.000 Soldaten und Soldatinnen im Nahen Osten sein. Wenn es zum Krieg kommt, so schätzt man, daß etwa 50.000 AmerikanerInnen ihr Leben verlieren oder ernsthafte Verletzungen innerhalb der ersten vier Wochen erleiden werden. Während des Vietnamkrieges wurden jeweils 50 Vietnamesen für einen Amerikaner getötet und ungefähr zwei Millionen Zivilisten starben. Wird dasselbe Schicksal den Irakern zuteil werden?

Samuel Cohen, Spitzenberater im Pentagon, ruft zum Gebrauch der Neutronenbombe auf. James Baker reist reihum zu unseren Alliierten, um Unterstützung für einen militärischen Erstschlag gegen den Irak zu bekommen. Die Italiener haben nuklearwaffenfähige Flugzeuge in diese Region geschickt,

um die bereits massive U.S.-Anwesenheit von nuklearen Kampfeinheiten zu erhöhen.

Ich spreche aus dem Gefühl der dringenden Notwendigkeit zu Euch, weil ich eine Menge Kumpel habe, die möglicherweise ihr Leben dabei lassen werden. Und wofür? Wissen wir wirklich, wofür wir kämpfen?

Da ist nichts "Wunderbares" am Krieg. Es geht dabei um Tod und menschliches Leiden. Soldaten wie ich werden diejenigen sein, die die chemisch-biologischen Kampfstoffe einatmen werden. Wir werden die Granatsplitter durch unser Fleisch schießen fühlen, wir werden die Schreie von Soldaten mitten in der Nacht hören, und wir werden ihnen nicht helfen können.

Ich möchte keinen meiner Kumpel in "body bags" nach Hause kommen sehen. Ich möchte keinen meiner Freunde beerdigen.

Ich möchte keine weitere schwarze Granitmauer mit 58.000 Namen von in wenigen Monaten Gefallenen sehen.

Allein schon die Opfer an Menschenleben sollten Grund genug sein, jeden vernünftigen Menschen begreifen zu lassen, daß die Sache einen Krieg nicht wert ist. Blut ist immer noch dicker als Öl.

Von Deutschland aus werden G.I.s an den Golf geschickt.

Von Deutschland aus werden Munition und Versorgungsmaterial an den Golf geschickt.

Es wird auch Deutschland sein, von wo aus meine Kameraden von "body bags" in Särgen gepackt und tot nach Hause geschickt werden.

Ihr solltet keine Truppen in das Gebiet schicken. Euer Land spielt schon jetzt eine aktive Rolle in der Vorbereitung auf den Krieg im Nahen Osten.

Im Namen der Menschlichkeit müssen wir zusammenarbeiten, um einen Krieg vor Ausbruch zu verhindern. Blut ist immer noch wertvoller als Öl.

Ich hoffe, daß meine kleine Stimme auf dem einen oder anderen Weg helfen kann, zu einer friedlichen Lösung in dieser Krise kommen.

Vielen Dank.

#### Anzeige:

#### Tatort Irak: Deutsche Waffenlieferungen für Saddam Hussein

Die Broschüre zeigt die Verwicklung der bundesdeutschen Rüstungsindustrie in die Hochrüstung des Irak auf. Es wird deutlich, welche Verantwortung wir für die derzeitige Situation haben. Die Dokumentation bietet gute Hintergrundinformation. Die 28 Seiten starke Dokumentation ist bei uns für DM 4.- pro Stück

(ab 5 Ex je DM 3,60, ab 10 Ex je DM 3,20, ab 100 Ex je DM 2,80, ab 500 Ex je 2,40) zzgl. Versandkosten

zu bestellen.

#### Aus dem Inhalt:

1. Warten auf den Krieg;
2. Die internationale Aufrüstung des Irak;
3. Der Gifel der Heuchelei;
4. Vollständige Lieferliste bundesdeutscher Rüstungsexporte in den Irak (mit Angaben zu Waffengattung, Lieferumfang, Firmen beteiligung und Quellenangabe);
5. Firmenliste

**Herausgeber:** "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen"

Hiermit bestelle ich ... Exemplare der Dokumentation "Tatort Irak. Deutsche Waffenlieferung für Saddam Hussein"

Ich bitte an Übersendung an: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

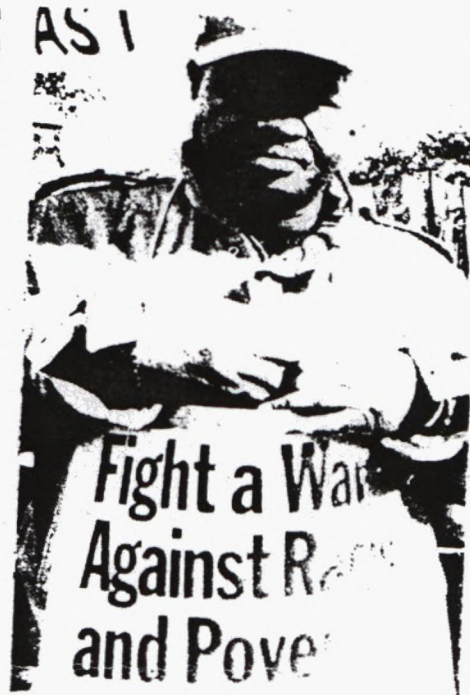
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bestelladresse:

AGDF, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1.

# Solidarität mit amerikanischen Kriegsdienstverweigerern

Amerikanische Berufssoldaten haben sowohl in »Friedenszeiten«, als auch in »Kriegs- oder nationalen Notstandszeiten« die Möglichkeit, sich vorzeitig aus der Armee entlassen zu lassen. Diese Sachlage ist jedoch den meisten amerikanischen Soldaten nicht bekannt. Aus diesem Grunde bemühen sich seit einigen Wochen verschiedene Gruppen der GRÜNEN und der Friedensbewegung in der BRD mittels Flugblättern, Plakaten und Zeitungsanzeigen diese Möglichkeit publik zu machen. Beratungsstellen für amerikanische Kriegsdienstverweigerer wurden verstärkt öffentlich bekannt gemacht bzw. neu eingerichtet. Die Arbeit dieser Gruppen steht jedoch unter einem enormen Zeitdruck, da einerseits täglich weitere amerikanische Truppen aus dem Bundesgebiet an den Golf verlegt werden, andererseits die legalen Möglichkeiten, die Armee zu verlassen, permanent eingeschränkt werden. So wurde z.B. die Bestimmung, daß Soldaten, die sich im Transit befinden, nicht den Kriegsdienst verweigern dürfen, dahingehend ausgedehnt, daß nunmehr vom Zeitpunkt des Marschbefehls an für die jeweilige Einheit keine Kriegsdienstverweigerungsgesuche mehr angenommen werden. Unter dem Stichwort »stopp loss« (Stoppt den Verlust) werden gegenwärtig Dienstverträge amerikanischer Soldaten, die in den nächsten Tagen und Wochen ablaufen, einseitig durch die Armeeführung verlängert und selbst langgedienten Soldaten die Versetzung in den Ruhestand verweigert. Allein die Frage an den Vorgesetzten nach legalen Verweigerungsmöglichkeiten wird mit Schikanen bis hin zu Handgreiflichkeiten quittiert. Hinzu kommt, daß innerhalb der amerikanischen Armee bislang keine starke Antikriegsdienstbewegung existiert, und die deutschen Bundesbürger bisher nur eine sehr geringe Bereitschaft zur Solidarität mit amerikanischen, verweigerungswilligen Soldaten zeigen. Jahrelang hat die Friedensbewegung in der BRD die Soldaten allgemein, ganz besonders aber die amerikanischen Soldaten, als Handlanger der verhassten Besatzungsmacht verteufelt. Wir haben nicht mit ihnen gesprochen, aber wir haben sie verurteilt. Hätten wir mit ihnen gesprochen, dann hätten wir erfahren, daß z.B. vielen schwarzen Amerikanern nur mithilfe der Army eine qualifizierte Berufsausbil-



dung möglich ist. Dann hätten wir gewußt, daß für viele schwarze wie weiße Soldaten die Alternative zur Army Arbeitslosigkeit und soziales Elend heißt.

Das amerikanische Kriegsdienstverweigerungsverfahren kennt eine Gewissensprüfung ähnlich wie in deutschen Kriegsdienstverweigerungsverfahren, ist aber dennoch ungleich komplizierter. Schon heute ist es Praxis, innerhalb der US-Army, Verweigerungsgesuche einfach »abhandeln« kommen zu lassen. Der Erfolg bzw. Mißerfolg eines Verweigerungsantrages ist häufig abhängig davon, inwieweit es einem Soldaten gelingt, sein Anliegen öffentlich zu machen, d.h.: Benachrichtigung des für ihn zuständigen Kongressabgeordneten, Einschalten von Kirchenvertretern, usw. Hat ein Soldat einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt, muß er zu einer nichtkämpfenden Einheit versetzt werden. Diese kann jedoch auch am Golf stationiert sein. Will der Soldat auf keinen Fall an den Golf, so bleibt ihm nur die Befehlsverweigerung (z.B. er weigert sich, das Flugzeug zu betreten) oder das unerlaubte Entfernen von der Truppe (AWOL). Das unerlaubte Entfernen von der Truppe unterscheidet sich einerseits von der Desertion dadurch, daß der Soldat seine prinzipielle Bereitschaft bekundet, wieder zur

Truppe zurückzukehren, den Zeitpunkt aber offen läßt, andererseits durch ein wesentlich geringeres Strafmaß, im Vergleich zur Desertion. Gleichgültig ob er nun den Befehl verweigert oder sich unerlaubt von der Truppe entfernt, ihm blüht Militärgefängnis. Wie es ihm jedoch weiter in der Haft ergeht, ob er in Mannheim oder am Golf eingelocht wird (Gefängniscontainer aus Butzbach sind bereits am Golf), hängt wieder wesentlich von dem öffentlichen Klima ab. Die Entscheidung, in den Knast zu gehen, ist für den einzelnen Soldaten alles andere als leicht, denn, abgesehen von den allgemeinen Schikanen während der Haft, er verliert seine finanziellen Ansprüche an die Army und wahrscheinlich die Zuneigung seiner Familie sowie die seines Freundeskreises. Es ist wichtig, daß wir solchen Soldaten schützend und solidarisch zur Seite stehen.

## Beratungsstellen für amerikanische Kriegsdienstverweigerer:

Military Counseling Network  
Bopparderstr.25, 5448 Kastellaun  
call: 06762-2652

Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte  
Kriegsdienstgegner e.V.

Vogelsbergstr. 17, 6000 Frankfurt 1  
Tel.: 069-431440

Volkmar Hundhausen

Am Trieb, 6464 Linsengericht-Eidengesäß  
Tel.: 06051-73174 oder 73924

Weiteres Material zum Thema  
Persian Gulf Rap - Resistance Force  
zu bestellen bei:  
Francoise und Wolfgang Kollig  
Heinrich Heine Str.35, 6520 Worms  
Tel.: 06241-76388

## Getting out

A guide to discharges from all branches of  
the US military

CCCCO/An Agency for Military and Draft  
Counseling

zu bestellen bei: Graswurzelwerkstatt  
Scharnhorsterstr.6, 5000 Köln 60  
Tel.: 0221-765842 (Mo-Fr, 15-19 Uhr)

## Getting out (Deutsche Version)

zu bestellen bei: Jörg Hofmann  
Tel.: 06058-2851

EIN FRÜHERER GI ERKLÄRT SEINEN SINNESWANDEL

von Ron Jensen, Redakteur

GÖPPINGEN, Deutschland - Ohne Zweifel war Pfc. Jonathan Bruce dazu bestimmt, ein ausgezeichnete Soldat zu werden.

Während seiner Ausbildung in Fort Benning, Georgia, war er der beste Handstock-Kämpfer seiner Abteilung. Dort erreichte er auch in Sport die höchste Punktzahl.

Es schien in jeglicher Hinsicht so, als sei der Sohn eines Pfarrers der Kriegsmarine dazu vorbestimmt, auf einem Plakat der Armee aufzutauchen, um mit seiner stattlichen Erscheinung andere als Kämpfer zu werben.

"Ich bewarb mich, weil ich im Militär eine Aufrichtigkeit und einen Mangel an Mittelmäßigkeit spürte," sagte der 23jährige aus Oregon, der im April 1989 der Armee beiträt. "Eine Aufrichtigkeit gegenüber den Tatsachen des Lebens, der letztendlich destruktiven Tendenz der Menschheit und dem daraus sich ergebenden Erfordernis eine Gewalt zu haben, die in der Lage ist, Ordnung in der Welt aufrechtzuerhalten."

"Ich fühlte mich der zivilen Gesellschaft entfremdet. Ich empfand das Militär als ein notwendiges Übel."

"Ich besaß ein wirklich zynisches Bild vom Geist der Menschheit in der Welt, das tatsächlich auch daraus entstand, daß ich im Militär war."

Ähnlich gut vermag Bruce seine Gründe zu erklären, weshalb er einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellte. Er wurde im November anerkannt und kehrte sowohl ins Zivilleben als auch in die Vereinigten Staaten zurück.

Vor seiner abschließenden Anhörung befragte ihn *The Stars and Stripes*.

"Ich durchlebte eine persönliche, geistige Erneuerung, die mir zeigte, daß die Verpflichtung zu einem religiösen Weg oder zu einer religiösen Weltanschauung, welche Frieden als ein Ideal betrachtet, mit dem Militär völlig unvereinbar ist," sagte er. "Der äußere Friede entsteht durch inneren Frieden."

"Speziell in der Infanterie hat man keine Möglichkeit, den inneren Frieden zu wählen. Er wird dir ausgetrieben. An seine Stelle tritt die absolute Unterordnung und Uniformität."

Bruce war Kampfinfanterist bei der 1st Inf. Div. (Fwd) in Göppingen, wo sein Gefühls- und Gesinnungswechsel eintrat - eine allmähliche Entwicklung, die im letzten Frühjahr einsetzte, als er sich verliebte - ein Umstand, der ihm andre Möglichkeiten im Leben zugänglich machte.

"Das Gefühl von Liebe - von wirklicher Selbstlosigkeit, ein Gefühl des Gebens - war nie ein Licht, das die Falschheit der militärischen Fassade erkennen ließ, den Unterbau der Propaganda," sagte er.

"Ich begann mit prüfendem Auge die Evangelien - die 4 Bücher der Bibel - zu lesen. Ich empfand es als nötig, sie ernst zu nehmen, sie so objektiv und offen wie möglich zu lesen."

Die Lehren Christi zeigten ihm, daß Krieg - oder die Vorbereitung zum Krieg - falsch ist.

"Wenn man so fühlt, muß man danach handeln," sagte er und Bruce handelte danach. Einige Tage bevor Saddam Hussein in Kuwait

einmarschierte, landete Bruces' Antrag auf KDV auf dem Schreibtisch seines Kommandeurs.

Dieses Timing war ihm angenehm. Nicht um Zweifler zu widerlegen, die sagen könnten, er sei ängstlich, weil der Krieg möglich sei, sondern weil dies ihn einmal mehr davon überzeugte, daß er durch Prinzipien und nicht durch augenblickliche Vorkommnisse motiviert ist.

Seine Überzeugung hat einen Preis. Sein Vater, der ehemalige Pfarrer der Kriegsmarine, kann das Verhalten seines Sohnes weder verstehen noch akzeptieren. Auch weil Bruce den Dienst vor Ablauf seiner drei Jahre verlassen hat und so sein Anrecht auf Gelder aus dem *Army College Fund* verwirkt hat.

Diese Dinge sind für ihn zweitrangig hinter seinen Idealen. Er kann und will nicht am Krieg oder dem Kriegstraining teilnehmen.

"Ich trat aus Macho-Gründen ein", meint er. "Ich gebe es zu." Aber er ist in der Armee erwachsen geworden; zumindest dies hat es ihm gebracht. Es besteht keine Notwendigkeit mehr, "macho" zu sein.

Er hatte es satt zu exerzieren - mit Sprüchen, die Sexismus und Töten anpriesen, und täglich aufzuwachen, um einer Idee zu dienen, der er nicht treu bleiben kann.

Er wünscht, daß alle, die seine Gefühle teilen, seinem Beispiel folgen.

"Viele Menschen spüren diese Verpflichtung, sind aber aus verständlichen Gründen daran gehindert, danach zu handeln," sagte er. Einige müssen beim Militär sein, um ihre Familien ernähren zu können. Einige teilen viele seiner Gefühle, glauben aber nicht, das Militär verlassen zu müssen.

Andere haben einfach Angst, so zu handeln wie er. "Ich möchte Menschen nicht wegen dieser Einstellung kritisieren, denn die hatte ich auch," meint er. "Wenn du im System drin bist, kann es einem Angst machen, wenn man sich darüber hinwegsetzen will."

Bruce bedauert nichts. "Hätte jeder Gewaltfreiheit als ein Ideal, würden Kriege miniert oder gar nicht stattfinden," sagt er. "Es ist irgendwie absurd, dies zu erhoffen, wenn man die Weltgeschichte betrachtet."

(Former GI explains his conversion - *The Stars and Stripes*/US-Armee, 16.12.90 - Übersetzung: Thomas Stiefel/fn)

**Hundert GIs verweigerten**

BREMEN, 11. Januar (AP). Rund 100 US-Soldaten, die in der Bundesrepublik stationiert sind, haben nach Angaben der Grünen in Bremen kurz vor ihrer Entsendung an den Golf Anträge auf Kriegsdienstverweigerung gestellt. 40 von ihnen hätten sich dem Golfeinsatz entzogen, indem sie sich eigenmächtig von der Truppe entfernten, teilte die Partei am Freitag mit. Zusammen mit Friedensgruppen hatten die Bremer Grünen die US-Soldaten zur Kriegsdienstverweigerung und zur Desertion aufgerufen.

Der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete der Grünen, Martin Thomas, wertete die

**Aktion als Erfolg.** Die Mahnwachen und Kundgebungen vor den Kasernen hätten unter den Soldaten viele Diskussionen ausgelöst. Die Anträge auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen hätten den Soldaten in der Regel nichts geholfen, weil die Army die Antragsteller trotzdem an den Golf geschickt habe.

Die US-Streitkräfte in Garlstadt bei Bremen gaben auf Anfrage bekannt, daß zwei Soldaten von der Division eigenmächtig abwesend seien. Als Deserteur gelte aber nur jemand, der länger als 30 Tage seiner Einheit fernbleibe. Ein weiterer Soldat habe den Marschbefehl an den Golf verweigert und befinde sich noch in der Kaserne.

EINDRÜCKE BEI DER BERATUNG VON US-MILITÄRANGEHÖRIGEN IN DER BRD

Dennis Koehn ist 38 Jahre alt. Beruflich ist er selbständig im Bereich Management-Beratung in Goshen, Indiana/USA tätig. Er ist seit 13 Jahren verheiratet und hat eine dreijährige Tochter. Dennis gehört der mennonitischen Kirche an und wurde von der Kirchenleitung angefragt, ob er nicht bereit wäre in der BRD Beratung für GI's, in Zusammenhang mit dem **Military Counseling Network (MCN)** durchzuführen. Vom 6.-18. Dezember 1990 war er im wesentlichen im Büro der DFG-VK in Frankfurt tätig. Das Interview wurde schriftlich durchgeführt, da Dennis besonders gegen Ende seiner Anwesenheit alle Hände voll zu tun hatte.

Warum bist Du in die BRD gekommen?

Es gab einen dringenden Bedarf an Information und Beratung von seiten des Personals in den US-Streitkräften in der BRD, welche sich plötzlich vor der Situation sahen, in Saudi-Arabien eingesetzt zu werden. In den letzten Jahren haben Janice Hill und André und Cathy Stoner im Rahmen der Mini-Organisation MCN Beratung für GI's angeboten. Gegen Ende November wurden sie aber durch Nachfragen von US-Militärpersonal, welches die Möglichkeit, von den Streitkräften wegzukommen, erörtern wollte, regelrecht überschwemmt.

Ich wurde für diese Aufgabe aus zwei Gründen angefragt. Zum einen waren Mennoniten immer der Auffassung, daß Krieg und die mögliche Zerstörung menschlichen Lebens falsch ist und daß andere Wege existieren, für Frieden zu arbeiten. Schon während des II. Weltkrieges gab es in den Vereinigten Staaten unter den Mennoniten viele Kriegsdienstverweigerer, die Zivil-, statt Militärdienst geleistet haben. Zum zweiten verweigerte ich während des Vietnamkrieges die Registrierung zur Einberufung und verbrachte deswegen 18 Monate in einem Bundesgefängnis. Wir wußten, daß einige US-GI's sich überlegen, die Verlegung nach Saudi-Arabien zu verweigern und daß sie damit möglicherweise für einige Zeit im Militärgefängnis verbringen müssen. Meine Erfahrungen als "Gewissensgefangener" könnte für sie von Interesse und hilfreich sein.

Konntest Du hier effektiv tätig sein?

Nachdem ich von der Notwendigkeit für Berater in der BRD erfahren hatte, beratschlagte ich mit meiner Frau und Freunden, ob ich das machen sollte. Einer davon war ein Veteran der US-Armee - jetzt Kriegsdienstverweigerer. Er war der Ansicht, daß ich für eine kleine Anzahl von GI's von großer Bedeutung sein könnte - und er hatte recht. Während meiner zwei Wochen in der BRD konnte ich drei GI's und ihren Familien tatsächlich die Unterstützung geben, die sie brauchten.

Ich verbreitete auch Informationen, wie man von der Armee loskommt, an ein weiteres Dutzend Soldaten. Ich hatte das Gefühl, daß meine Anstrengungen zwar klein, aber effektiv waren.

Wie sehen die rechtlichen Möglichkeiten für US-Soldaten aus?

Ich fühle mich bei der Beantwortung dieser Frage nicht sehr kompetent. Alle GI's haben die rechtliche Möglichkeit Eingaben aus einer ganzen Reihe von Gründen zu machen um von der US-Armee wegzukommen, darunter auch die der Kriegsdienstverweigerung. Aber diese Möglichkeit wurde während der letzten Monate eingeschränkt, da viele befehlshabende Offiziere in Einheiten, die nach Saudi-Arabien verlegt werden, die KDV-Erklärung nicht akzeptieren. Den Verweigerern wurde erzählt, daß ihre Anträge erst in Saudi-Arabien angenommen und bearbeitet werden.

Ich arbeitete mit einem Verweigerer, der bedroht, belästigt und vom Außenkontakt mit Beratern isoliert wurde, nachdem er bekanntgegeben hatte, daß er vorhat, seine Entlassung aus der Armee aus Gewissensgründen zu beantragen und daß er vorhabe, den Einsatz in Saudi-Arabien zu verweigern. Ich habe den Verdacht, daß die Armee ihre eigenen Vorschriften/Kompetenzen bei der Behandlung dieses Verweigerers überschritten hat.

Wie arbeiten die Beratungsstellen in der BRD?

Während der letzten drei Jahre haben André Stoner und zweitweise auch andere Personen Beratung für US-GI's angeboten. Im Dezember verstärkten 10 US-AmerikanerInnen das MCN und boten Beratung in Krastel (Kastellaun), Frankfurt, Tübingen, Bremen, Ansbach, Mannheim und Nürnberg an. In all diesen Orten informierte man, unterstützt durch bundesdeutsche Friedens- und gewaltfreie Organisationen GI's mit Flugblättern und Plakaten.

Die BeraterInnen aus den USA benutzten zumeist die Büros von bundesdeutschen Friedensgruppen und waren auch bei diesen Gruppen untergebracht. Das war sehr effektiv.

US-Soldaten erfuhren von den Beratungsstellen und riefen dann die Büros an. Ungefähr die Hälfte der Anrufe, die mich in Frankfurt erreichten, kamen von Ehefrauen, Freundinnen und Müttern.

Welche konkreten Erfahrungen machtest Du in der Beratungsarbeit?

Ich war insbesondere in zwei Situationen sehr gefordert: In einem Fall hatte ein GI eine doppelte Staatsangehörigkeit, die deutsche und die US-amerikanische. Sein (US-amerikanischer) Vater verstarb vor einigen Jahren und seine (deutsche) Mutter lebt in Frankfurt. Sie ist blind und hat aktuell aufgetretene gesundheitliche Probleme. Ihr Sohn, in der Nähe von Frankfurt stationiert, ist das einzige Familienmitglied, das für sie sorgen kann und nun wurde seine Einheit nach Saudi-Arabien verlegt. Er beantragte die Entlassung um Angehörige versorgen zu können (*dependency discharge*), diese Möglichkeit besteht für SoldatInnen, die die Armee verlassen müssen um für ihr abhängigen Familienmitglieder sorgen zu können. Es war sehr schwer die Armee von der Legitimität des Unterfangens zu überzeugen. Ich sprach mit einem Vertreter des US-amerikanischen Roten Kreuzes, der der Ansicht war, daß sie sehr schwer zu erfüllende Bedingungen hätten, um eine Entlassung aus diesem Grund zu erreichen. Schließlich kam mir zu Ohren, daß die Eingabe abgelehnt worden sei.

Der Soldat und seine Mutter waren verzweifelt. Sie suchten einen deutschen Anwalt auf, wo ihnen versichert wurde, daß der GI von der deutschen Polizei nicht verhaftet, und auch nicht an die US-Armee ausgeliefert werden würde, da er die deutsche Staatsangehörigkeit habe. Da entschied er sich erstmals unterzutauchen (*AWOL: absent without leave = eigenmächtige Abwesenheit*). Nun ist ihm bange, wieder zur Kaserne zurückzukehren und hofft mittels schriftlicher Anträge, seine Entlassung erreichen zu können. Dazu

hat er seinen Rechtsanwalt beauftragt, der ihn gegenüber der Armee vertritt.

Ein zweiter Fall betrifft einen US-amerikanischen Soldat, der während seines Urlaubs in den USA im November sehr beeindruckende religiöse Erfahrungen gemacht hatte. So kam er zu der Auffassung, daß ihm Gott verbiete andere menschliche Wesen zu töten und er beschloß deswegen aus dem Grund der Kriegsdienstverweigerung seine Entlassung aus der Armee zu beantragen.

Als er von seinem Urlaub zurückkehrte, erfuhr er, daß seine Einheit nach Saudi-Arabien verlegt werden würde. Der ihm vorgeetzte Offizier nahm seine Eingabe auf Entlassung nicht an. So kam er nach Frankfurt um sich Rechtsberatung zu holen - aufgrunddessen kam er erst spät wieder in die Kaserne zurück. Nun wurde er wegen diesen Verstoßes bestraft - zwei Wochen Ausgangssperre und Soldentzug für eine Woche. Er sah diese schwere Bestrafung für ein bescheidenes Vergehen als Schikane dafür, daß er die Entlassung beantragt hatte. Seine Situation wird erschwert dadurch, daß er verheiratet und Vater eines 18 Monate alten Sohnes ist. Seine Frau leidet an einer Knochenerkrankung und darf laut ärztlichem Attest nicht mehr als 10 Pfund heben (Ihr Sohn wiegt 26 Pfund!). Sie benötigt die Hilfe ihres Ehemannes bei der Versorgung ihres Sohnes - er aber darf die Kaserne für zwei Wochen nicht verlassen.

Aufgrund dieser Umstände entschloß sich der GI zu fasten und alles Essen und Flüssigkeit zu verweigern. Nachdem er sechs Tage weder etwas gegessen noch getrunken hatte, war er an einem toten Punkt und machte sich Sorgen um seine Gesundheit. Er fühlte, daß sich Gott seiner annahm. Ich erzählte ihm, daß die Verweigerung von Flüssigkeit über mehr als vier Tage seine Nieren schädigen könne und daß er sich sogar ein dauerhafter Schaden nicht auszuschließen sei. Es beeindruckte ihn sichtlich, als ich ihm sagte, daß ein Tag ohne Wasser auf seine Nieren denselben Effekt hat, wie eine einmonatige Trunkenheit. Da rief er Gott wegen der Entscheidung, eventuell doch Wasser zu sich zu nehmen, an, und trank später am Tag auch noch welches. So gewann er einiges an Stärke hinzu.

Als ich ihn zusammen mit seiner Frau besuchen wollte, um seinen Entlassungsantrag mit ihm zu bereden, wurden wir von dem diensthabenden Sergeant in der Kaserne abgefangen. Er klärte die Situation mit anderen aus der Kommandohierarchie ab, und verbot mir daraufhin den GI zu besuchen. (Dabei hätte ich fast "Gefangener" geschrieben, denn solche Kommunikationsbeschränkungen widerfuhren mir zuletzt während meiner Gefängniszeit.)

Als ich den Sergeant um eine Begründung, warum ich den GI nicht sehen durfte, nachfragte, sagte er: "Ich weiß es nicht. Ich folge lediglich den Anordnungen". So hatte ich keine Möglichkeit mit den Leuten, die mich vom Zugang zu einem Soldaten der meine Unterstützung und meinen Rat brauchte, auseinanderzusetzen oder zu verhandeln.

Diese Begegnung hinterließ bei mir zwei grundlegende und belastende Eindrücke. Erstens, die Armee hat uns zerrissen (zumindest für einen Moment). Ich hatte keine Hoffnung, daß es gelingen könnte, die Entscheidung mittels Verhandlungen revidieren zu können. Ohne Zweifel war es dieselbe Erfahrung, die der Soldat und seine Frau schon seit einigen Wochen machen mußten.

Zweitens, der Sergeant fühlte keine moralische Verantwortung für sein Handeln. Er "folge lediglich Anordnungen". Ich stelle mir vor, daß viele Soldaten in der Vergangenheit, wenn sie andere menschliche Wesen töteten, dies als moralisch neutral ansehen, daß sie eben "lediglich die Anordnungen befolgen". Im Rückblick wünschte ich mir, ich hätte den Sergeant in die Augen gesehen und

gesagt, "Ja, ich weiß daß Du lediglich Befehle ausführst, aber was Du tust ist falsch. Die Bestrafung eines GI's durch die Verhinderung des Kontakts mit der Außenwelt zu verstärken ist inhuman und von Übel."

So machte ich in wenigen kurzen Augenblicken die Erfahrung, daß eine militärische Struktur Individuen zur Untätigkeit verurteilen kann und die moralische Überprüfung für solche Aktionen von jenen nimmt, die in der unmittelbaren Situation handeln und die Verantwortung tragen. Ich finde diese Situation sehr alarmierend.

Wieviele verweigernde GI's gibt es?

Ich weiß weder für die BRD Zahlen, noch für die USA, bin mir aber sicher, daß sie steigen. Von den GI's, mit denen ich redete, spürte ich, daß sie ursprünglich den Kampf und die Ausbildung an den Waffen als eine Art Spiel betrachteten. Nun, wo die Aussicht besteht, daß sich das Spiel zur Realität wendet, ergibt sich eine neue Perspektive und eine innere Notwendigkeit über die Zerstörung von menschlichem Leben nachzudenken.

Ich sprach kurz mit einem Soldaten am Telefon. Dieser sagte, "Ich kämpfte bei dem Einsatz der US-Armee in Panama. Ich tötete beinahe einen Jungen. Das schockierte mich so sehr, daß ich vor sechs Monaten eine Beratungsstelle aufsuchte. Ich will nie wieder in so eine Situation geraten. Einige meiner Kameraden hebten dort, beim Töten von Menschen, regelrecht ab, aber ich kann es nicht mehr tun."

Ein weiterer Soldat der Airforce, berichtete mir, daß er zum Kriegsdienstverweigerer während der Ausbildung an Waffen wurde. Er war am automatischen Granatwerfer eingesetzt. Jede Granate ist ausgelegt alle Personen im Umkreis von 100 Metern zu töten. Ich unterbrach ihn "Ist das nicht ungefähr die Größe von zwei Fußballfeldern?". Er sagte, das sei so und fuhr fort, daß seine Maschine 300 Granaten in der Minute verschießen könne. (Inzwischen hat die "Tötungsfläche" bereits die Größe von sechs Fußballfeldern, jedes in der Größe 100 x 50 yards <1 yard = 0,9144 m>). Als er sich bewußt wurde, daß er vielleicht eines Tages die Gewalt über den Einsatz einer solchen Zerstörungskraft hat, entschied er, daß die moderne Kriegführung ein unentrinnbares Übel beinhaltet und daß er nicht länger Teil des Systems sein kann, das darauf basiert, menschliche Wesen auf Massenbasis zu töten. Er beantragte die Entlassung aus dem Grund der Kriegsdienstverweigerung, er wurde einem Verhör unterzogen und erwartet nun die Entscheidung.

So habe ich das Gefühl, daß mit der Vernichtung von anderen menschlichen Wesen ein moralisches Bewußtsein erwacht, das viele nicht wahrgenommen oder unterdrückt haben.

Ironisch gesagt, die Golf-Krise schafft Kriegsdienstverweigerer, da einige Soldaten sich vergegenwärtigen, daß das Töten von anderen menschlichen Wesen eine moralische Zerstörung bei ihnen selbst verursacht.

Nachdem ich mir vor einigen Jahren den Film Platoon gesehen hatte, sprach ich darüber mit einem Freund, einem Vietnam-Veteranen. Dabei erzählte er mir, daß mehr Vietnam-Veteranen seit Beendigung des Krieges sich selbst getötet haben (über 50.000), als während des Krieges getötet wurden. Ich wundere mich, wenn sie tatsächlich ihre innere Moralität in Vietnam zerstört hätten, könnten sie auch das Gewicht ihrer Sünde nicht verspüren.

Eine der zentralen Aussagen der Lehre Jesus' war die Möglichkeit, daß die Sünde vergeben werden kann. Ich zweifle, ob Christen die Aufgabe ergriffen haben, das Vergeben mit den Vietnam-Veteranen zu teilen. Sind wir bereit, die Botschaft des Vergebens mit



einer neuen Generation von moralisch heruntergekommenen Veteranen zu teilen, falls es Krieg im Mittleren Osten gibt?

Befinden sich gegenwärtig kriegsdienstverweigernde US-Soldaten im (Militär-)Gefängnis?

In Deutschland weiß ich von keinen. Ich hörte von einigen GI's, die kurzzeitig untergetaucht sind (AWOL) um die Verlegung nach Saudi-Arabien zu vermeiden, aber ich weiß nicht, ob ihre Motivation, aus einer "starken, festgefügt, und aufrichtigen Verweigerung des Krieges in jeder Form aufgrund eines tiefsitzenden moralischen, ethischen, oder religiösen Glaubens" (*firm, fixed, and sincere objection to war in any form because of deeply-held moral, ethical, or religious beliefs*) getragen ist, der Definition der Militärs für Kriegsdienstverweigerung.

Falls die Kriegsdrohung weitergeht oder ein Krieg beginnt, erwarte ich, daß die Anzahl der GI's in Militärgefängnissen rapide zunehmen wird (aber das ist lediglich eine persönliche Vermutung). Auch würde der Beginn, die bereits Erfassten einzuziehen, die Anzahl der Personen, die aus Gewissensgründen bereit sind, dafür ins Gefängnis zu gehen, anwachsen lassen.

Wie können wir die Kriegsdienstverweigerung noch mehr unterstützen?

BundesbürgerInnen können die Erfahrungen und die Verurteilungen von Kriegsdienstverweigerern über die Nachrichten-Medien ins öffentliche Bewußtsein bringen und z.B. außerhalb von Kasernen oder Militärgefängnissen Mahnwachen für darin befindliche Verweigerer durchführen.

Wenn US-amerikanische GI's ihre Kasernen nicht verlassen dürfen oder in Militärgefängnissen gehalten werden, können ihnen Deutsche schreiben oder auch versuchen, sie zu besuchen. Gruppen von US- und deutschen BürgerInnen könnten in die Kasernen gehen und fragen, ob sie mit Verweigerern sprechen können, die ihre Anträge gestellt haben und Ausgangsverbot haben bzw. im Militärgefängnis einsitzen. Die Folgen eines nicht genehmigten Eindringens in US-Kasernen kenne ich nicht.

US-BürgerInnen können auch noch auf andere Weise KDV'er unterstützen; indem sie an die Regierung und die Militärbehörden schreiben, um das Recht der Soldaten, daß ihre KDV-Anträge angenommen und jederzeit die Entlassung durchgeführt wird, auch eingehalten wird, auch wenn die Einheiten der Soldaten nach Saudi-Arabien verlegt werden sollen.

Zusätzliche Überlegungen:

Die hervorstechendste Lehre, die ich aus meinen Gesprächen mit GI's und besorgten Deutschen gezogen habe, ist, daß die westlichen Mächte den Verkauf von Waffen des Terrors und der Zerstörung an andere Länder einstellen sollten. Wir sind verantwortlich für die Stärke der irakischen Armee, da wir ihnen diese machtvollen Terrorwaffen verkauft haben bei unserem Bemühen, den Iran einzudämmen. Deutsche erzählten mir davon, daß ihre Industrien den Irak mit Zutaten beliefert haben, mit denen nun chemische und biologische Waffen produziert werden können. (Nachdem ich in die USA zu-

rückgekehrt bin, erfuhr ich, daß die demokratischen westlichen Nationen dem Irak für ungefähr 60 Mrd. US-Dollar Waffen und Militärgüter verkauften.)

Ich verstehe, daß die westlichen Mächte eine gleichzeitige Strategie in den 20er und 30er Jahren in diesem Jahrhundert anwandten, um die Waffenlieferungen des Sowjetkommunismus an Hitler zu unterbinden. Erst neulich erfuhr ich, daß die meisten von Hitlers Panzern von Zweigwerken der Ford Motor Company und General Motors gebaut wurden.

Ich wundere mich, wie unsere Geschäftsleute und politischen Führer andere Nationen sehen und andere Leute als Bauern in ihrem Spiel auf dem Schachbrett verwenden. Meine Annahme ist, daß die AraberInnen den Westen hassen, weil mit ihnen wie mit Bauern im Schachspiel verfahren wird. Westliche Aggression und Ausbeutung gehen bis auf die Kreuzzüge zurück. Jahrhunderte in denen sie als II. Klasse BürgerInnen dieser Welt behandelt wurden, haben im arabischen Volk eine tiefsitzende Wut hinterlassen, die von Zeit zu Zeit hochkommt. Wir im Westen sind überrascht über das, was uns als sinnlose Akte von Aggression vorkommt.

Ich sprach neulich mit einer Frau, die gerade aus dem Irak zurückgekommen war und viele Jahre in der arabischen Welt verbracht hatte. Sie sieht die Wurzeln des arabischen Haßes gegen den Westen aufgrund unserer Haltung der Überlegenheit und unserer schamlosen Ausbeutung der Ölreserven des Mittleren Ostens. Ein Krieg könnte zwar Saddam Hussain und die Kriegsmaschinerie des Irak ausrotten, er würde aber den Haß gegenüber den Westen nur verstärken. Krieg mit dem Irak hat zum Ergebnis, daß die Probleme sich auf lange Zeit hin verschärfen, statt daß Lösungen gefunden werden.

Wie bei den meisten AmerikanerInnen, ist auch mein Wissen über die Situation im Mittleren Osten bescheiden. Meine gerade gemachten Erfahrungen mit GI's in der BRD haben mich dazu gebracht, mir mehr Informationen zu beschaffen um eine ehrliche Sicht der Situation zu bekommen. Ich werde weiterhin suchen, beten, sprechen und handeln, um so die Fähigkeit zu entwickeln, die Schritte des Wachstums und der Reifung immer wieder zu durchlaufen. Moralität und Wachstum verlangen nach einem kontinuierlichen Prozeß des Lernens und Handelns. Meine Zeit in Deutschland war eine Möglichkeit zu beidem.

29. Dezember 1990

Dennis R. Koehn  
1021 S. 7th St.  
Goshen, IN 46526

(219) 533-9739

(Übersetzung, leicht gekürzt: fn)

Von den in 15 Frankfurter US-Siedlungen lebenden 10000 GI's sind 4500 zum Golf geschickt worden. Getroffen hat das zweitausend Familien mit 4000 Kindern.

Frankfurter Rundschau  
Nr.8 - Do., 10.1.91

# „Es war ein Fehler, dort hinzugehen“

## Kriegsveteranen berichten

Von Martin Feldmann

MÖRFELDEN-WALLDORF. Kevin Mayberry, gerade erst zweieinhalb Jahre alt, wirkt übermüdet. Die Augenlider des Jungen werden immer schwerer. Es dauert im evangelischen Gemeindezentrum Mörfelden nicht lange, bis er in den Armen seiner Mutter einschläft. Christa Mayberry aus Karlsruhe vermisst seit dem 7. Dezember ihren amerikanischen Mann. Wenn ihr kleiner Sohn täglich nach dem Daddy fragt, weiß sie keine Antwort.

John E. Mayberry, in Karlsruhe stationierter US-Soldat, mußte Hals über Kopf seinen Rucksack packen. Der GI und die Kameraden seiner Einheit wurden nach Saudi-Arabien geflogen. Im Mittleren Osten herrscht nun mörderischer Krieg. Christa Mayberry ist wie viele Soldatenfrauen in großer Sorge.

„Sie werden dort wie Tiere behandelt“, berichtet die Karlsruherin. Das hat ihr Mann in einem Brief geschrieben. „Die Soldaten müssen irgendwelche Pillen schlucken. Sie wissen nicht, was das ist. Sie haben alle eine Todesangst.“ Es sei der größte Fehler gewesen, „dorthin zu gehen“.

Aus Fehlern hat Darnell Stephen Summers aus Detroit, Michigan, gelernt. Der 43jährige Kriegsveteran aus Vietnam sorgt zur Tagesschauzeit in Mörfelden für eine emotionsgeladene Diskussion. Da geht's nicht nur um ein paar „Mistakes“. Er schimpft über die „Motherfu“ und den „Bullshit“, wenn er an die Politiker und den Krieg denkt. Der schwarze Bürgerrechtler und Wahl-Wormser nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn er loswettert und die Mächtigen dieser Welt attackiert. Summers zählt zu den Vietnam-Veteranen,



Christa Mayberry vermisst ihren Mann, der kleine Sohn Kevin den Vater. John Mayberry mußte als GI in den Mittleren Osten, wo der Krieg tobt. Die Vietnam-Veteranen gegen den Krieg (von links), Dave Blalock, Darnell Stephen Summers und Brian A. Chambers, können aus der „Grünen Hölle“ Horrorgeschichten erzählen. Jetzt unterstützen sie US-Kriegsdienstgegner. (FR-Bild: Feldmann)

„den Veterans against war“, die amerikanische Kriegsdienstgegner unterstützen. Als er in Mörfelden auf Einladung der örtlichen Initiativgruppe „Kein Krieg am Golf“ Station macht, geben ihm auch die beiden Ehemaligen Dave Blalock (41) aus Houston, Texas, und Brian A. Chambers (40) aus Seattle, Washington, Schützenhilfe für den Frieden. Christa Mayberry kam kurzfristig aus Karlsruhe angereist.

Summers wirbt im Kreis der etwa 30 Mörfelden-Walldorfern, die am Donnerstag zusammenkamen, dafür, Soldaten nicht als dumme Menschen zu betrachten. Die Friedensbewegung habe fälschlicherweise Soldaten stets als Feinde betrachtet.

In der US-Army seien aber zumeist solche Leute, die den Job genommen hätte, „um nicht obdachlos zu sein und nicht auf der Straße zu hängen“. Summers fordert in diesem Winter nicht nur eine Ende des Krieges, sondern auch eine Korrektur in der Weltpolitik und die vollständige Abschaffung der Rüstungsindustrie, „damit Kriege überhaupt nicht mehr möglich sind“.

Der Kämpfer Brian mit dem alten Ba-

rett auf dem Kopf und den Totenköpfen auf dem T-Shirt kann dem nur zustimmen. Und Kumpel Dave erzählt Horrorgeschichten aus Vietnam. Das Trio zeigt einen Videofilm über die Schrecken von Fernost: Knatternde Helikopter über grünem Dschungel, Maschinengewehrfeuer, brennende Hütten und tote Zivilisten.

Damals, in den späten 60ern und den frühen 70ern, haben die ersten Marines die Konsequenzen daraus gezogen: Sie piffen auf ihre Orden und Auszeichnungen, werfen die Flinte nicht ins Korn und schlossen sich der Friedensbewegung an.

Zwischen dem, was sich vor 20 Jahren ereignete, und der jetzigen Entwicklung am Golf ziehen die Veteranen Parallelen. Doch wie können die Deutschen einem GI, einem „Government Issue“, helfen, der sich nicht gefährden und auch keinen anderen Menschen umbringen will? In der Runde wird das Beispiel „Bremen“ genannt, über das das WDR-Magazin „Monitor“ berichtete. Familien geben einem GI vorübergehend ein Dach über den Kopf.

Jeder müsse sich bewußt sein, daß

dies in der Bundesrepublik illegal sei, erwähnt in diesem Zusammenhang ein Anwalt aus dem Kreis Groß-Gerau. Jeder müsse sich darüber im klaren sein, wenn er einem Fahnenflüchtigen Unterschlupf gewähre.

Als Möglichkeit des Protestes wird auch die Möglichkeit genannt, deutsche Wehrpässe zu verbrennen oder als Reservist via Postkarte im Nachhinein zu verweigern. Jens Warburg von der „Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsgegner“ (DVG/VK) meint, „daß späteres Verweigern nicht so einfach ist“. Es gehe nicht ohne längeres mündliches Verfahren.

Für die amerikanische Veteranenbewegung, die noch mehrere Mitglieder nach Europa holen will, gibt's aus Mörfelden schon Spendengeld: 780 Mark und 45 Dollar.

Amerikaner, die in Not sind und nicht in die Wüste geschickt werden wollen, können sich jederzeit an Pfarrer Walter Bohris in Mörfelden wenden (Telefon 06105/22950).

## SPANIEN - KDV-Aufruf und Desertionen -> GEH NICHT AN DEN GOLF KÄMPFEN!

Die Herren des Krieges bereiten eine neue Konfrontation vor. In nicht mal einen Monat haben sich alle Knechte der Vereinigten Staaten, die kapitalistischen Länder Westeuropas, mobilisiert um ihrem US-amerikanischen Beschützer zu Hilfe zu eilen.

Die Regierung Felipes' "des Kämpfers" hat eine Flotte, bestehend aus zwei Korvetten und einer Fregatte an den Golf geschickt, die zu 50% aus Wehrpflichtigen besteht, denen des obligatorischen Wehrdienstes. Sie werden ohne jegliche Vorbereitung und gemäß Gesetz sterben für das "Vaterland" der Vereinigten Staaten und den Dollar, für das Vaterland der Herren halb Spaniens, den Kuwaitis (muß man daran erinnern, wieviele Firmen, Banken und Geschäfte die KIO-Gruppe kontrolliert?)

Die Regierung argumentierte "Wenn wir Freiwillige an den Golf schicken, wäre das ein Beweis dafür, daß der Wehrdienst unnütz ist", um die Jungen, die den Wehrdienst ableisten, die Probleme der kapitalistischen Länder lösen zu lassen, während die Königsfamilie, inklusive ihres sich im wehrfähigen Alter befindlichen Sohnes, ihren Urlaub in Marivent (Mallorca) verbringt und eine Schiffregatta nach der anderen durchführt. Man fragt sich, warum die Arbeitersöhne, nicht aber der Prinz an den Golf geschickt werden (zumal es sich ohnehin um eine Friedensmission handelt).

Obwohl sich die Kapitalisten beschwerten, begünstigt der Golfkonflikt die großen Ölmultis wie Exxon, Texaco, Shell etc...

Auch die Regierungen verdienen an dem größeren Steueranteil, den wie immer der Verbraucher bezahlt. Wenn nur die Kapitalisten, die Regierenden, die Machthabenden und die Berufssoldaten in den Krieg ziehen und sterben würden, dann wäre der Krieg etwas Wünschenswertes. Da aber im Krieg Arbeitersöhne, Kinder des Volkes, schuldlose Bürger, unschuldige Opfer fallen, ist der Krieg schlecht und nicht wünschenswert.

Es ist an der Zeit, daß die kapitalistischen Länder neue, alternative Energien suchen, um das Erdöl zu ersetzen und somit Konflikten wie zwischen Irak und Kuwait jegliche Bedeutung zu nehmen. Doch diese alternativen Energiequellen interessieren sie nicht, da sie nur wenig Gewinne abwerfen.

Es sollte uns zum Lachen bringen, wenn wir hören, daß die "Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten sich gegen Irak wenden, da dieser das Territorium des souveränen Kuwaitis besetzt hat". Niemand hätte einen Finger gerührt, wenn Irak durch die Invasion Kuwaitis nicht mehr als 40% des Erdöls der Welt kontrollieren und gar noch weiter expandieren könnte, womit die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten in Gefahr käme. Man braucht nur daran denken, wie sich diese verbündeten Länder bei der Invasion Sinais durch Israel, der Invasion Grenadas und Panamas durch die Vereinigten Staaten, der Invasion Afghanistans durch die Sowjetunion oder im Falle Kanadas, bei dem was sie mit den armen Mohaw-Indianern vorhaben, verhielten.

Laßt nicht zu, daß sie eure Kinder zum Sterben in den Golf schicken oder zwingen an dem Blutbad unschuldiger Opfer des irakischen und kuwaitischen Volkes teilzunehmen. Für die Totalverweigerung des Wehrdienstes! Desertiere!

(No vayas al Golfo a luchar! - Aufruf der Federacion Anarquista Iberica aus der Zeitung CNT, November 1990 - Übersetzung: Miquel Gonzales/fz)

31

Frankfurter Rundschau  
- 28.1.91

## Wieder Spanier desertiert

BARCELONA, 27. Januar (AFP). In Spanien ist der zweite Soldat kurz vor seiner Einschiffung an den Golf desertiert. Der 19jährige sagte vor Journalisten in den Räumen einer Pfarrgemeinde in Barcelona, er sei eher bereit, „ins Gefängnis zu gehen als in den Krieg“. Er sollte sich am Dienstag auf der Korvette „Vencedor“ einschiffen, die das Embargo gegen Irak überwachen soll.

Erst am Dienstag war ein anderer spanischer Soldat von seiner Einheit desertiert und hatte über eine Rundfunkstation in Madrid seine Kameraden dazu aufgerufen, dasselbe zu tun.

Frankfurter Rundschau  
- 28.1.91

## FRANKREICH

### Schriftsteller droht Gefängnis wegen Aufrufs zur Desertion

PARIS, 27. Januar (AFP). Wegen eines Aufrufs zu Desertion und zu Sabotageakten muß der französische Journalist und Schriftsteller Gilles Perrault mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen. Der den Trotzkisten nahestehende Autor forderte bei einer öffentlichen Veranstaltung, die französischen Soldaten sollten sich weigern, in den Golf-Krieg zu ziehen, und die „Kriegsmaschinerie“ sabotieren.

Nachdem Politiker sämtlicher Parteien ebenso wie die Presse mit Empörung hierauf reagierten und auch die Kommunisten und die französische Friedensbewegung sich von Perrault distanzieren, erklärte der Schriftsteller, man habe seine Äußerungen verfälscht. Sein Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung habe sich nicht an die französischen Soldaten am Golf gerichtet, sondern an diejenigen, die unter Umständen noch in das Kriegsgebiet entsandt werden könnten. Bei Sabotage habe er an Aktionen gedacht, wie sie im Indochinakrieg unternommen worden seien. Damals hätten Hafen- und Eisenbahnarbeiter sich geweigert, Kriegsmaterial zu verladen.

Der Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte, General Maurice Schmitt, hat eine strafrechtliche Verfolgung des Schriftstellers verlangt. Auf Anweisung des Justizministeriums wurde eine Untersuchung eingeleitet. Perrault könnte wegen Verrat, Aufruf zur Befehlsverweigerung und Sabotage zu ein bis fünf Jahren Haft und einer Geldstrafe bis zu 300 000 Francs (rund 90 000 Mark) verurteilt werden.

Rund 5000 Studenten protestierten in Madrid gegen den Golf-Krieg und forderten die Rückkehr der 500 spanischen Matrosen, die in arabischen Gewässern im Einsatz sind. Auch in anderen Teilen Spaniens seien Tausende aus Protest gegen den Golf-Krieg nicht in die Schulen und Hochschulen gegangen, sagte ein Polizeisprecher. Das Verteidigungsministerium bestätigte, daß drei spanische Matrosen desertiert sind. Sie sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Frankfurter  
Rundschau  
Nr. 20 - Do.,  
24.1.91

## Kriegsminister Chevenement desertiert

Paris (taz) — 13 Tage lang durfte die Welt Zeuge eines einzigartigen Spektakels sein: Ein erklärter Kriegsgegner und Antiamerikaner muß unter Oberkommando der US-Army einen Krieg gegen ein Land führen, für das er einst eine Freundschaftsgesellschaft gegründet hat... So war sie, die diffizile Lage des französischen Verteidigungsministers Jean-Pierre Chevenement. Gestern erklärte er nun seinen Rücktritt: „Die Logik des Krieges entfernt uns jeden Tag mehr von den Zielen der UNO-Resolutionen“, schrieb Chevenement an Mitterrand.

„Ein Minister hat die Schnauze zu halten. Wenn er sie aufmachen will, soll er kündigen“, hatte Chevenement schon einmal, im Februar 1983, erklärt, als er Mitterrand sein Amt als Forschungsminister vor die Füße warf. Der Präsident hatte die „kleinkrämerische Bürokratie“ seines Ministers gerügt.

Der laizistische Nationalismus Saddams Husseins war Chevenement so wahlverwandt, daß er 1985 eine franko-irakische Freundschaftsgesellschaft gründete. Noch am 7. Februar 1990 lobte der Minister in einer irakischen Zeitung das „klare und interessante Denken Präsident Saddams Husseins“. So war Chevenement in der Golfkrise von Beginn an als Befürworter einer Verhandlungslösung aufgetreten. Er erklärte, daß die Interessen der USA nicht mit den Inter-

essen Frankreichs in der Region übereinstimmen und der Krieg einer arabischen Politik Frankreichs schweren Schaden zufügen würde. Chevenements Anhänger hatten in den beiden Kammern gegen eine Kriegsbeteiligung Frankreichs gestimmt. Als französische Flugzeuge letzte Woche begannen, ihren Einsatz auch auf irakische Ziele auszuweiten, obwohl der Minister dies öffentlich abgelehnt hatte, war der Bruch unausweichlich.

Mitterrand hatte einen Rücktritt Chevenements wiederholt abgelehnt. Aus zwei Gründen: Der linke, traditionell anti-amerikanische Flügel der Partei sollte in die Regierung eingebunden bleiben, und den arabischen Staaten sollte für die Zeit nach dem Krieg signalisiert werden, daß Frankreich diesen Krieg nur notgedrungen und auf keinen Fall gegen die arabische Welt als ganze führe.

Die Kapitulation des „linken Patrioten“ könnte den Kriegsgegnern innerhalb der Sozialistischen Partei jetzt einen einflußreichen Wortführer verschaffen.

Nachfolger Chevenements wird der bisherige Innenminister Pierre Joxe. Sein Bruder Alain ist übrigens einer der bekanntesten Friedensforscher Frankreichs. Beide Brüder begannen ihre politische Karriere in der Protestbewegung — gegen den Algerien-Krieg.

Alexander Smoltczyk

32

die Tageszeitung ■ MITTWOCH, 30.1.91

## Im Blickpunkt: Der „Bündnisfall“

FR

## Die Notstandsgesetze

Ein möglicher „Bündnisfall“ für die Bundesrepublik mag unmittelbar von dem Kriegsgeschehen am Golf, insbesondere einem Angriff Iraks auf die Türkei abhängig sein. Jedoch hat das umstrittene Thema längst nicht nur eine außenpolitische Dimension. Kaum beachtet wurde bislang, daß es sich bei einem „Bündnisfall“ um den im Grundgesetz vorgesehenen „Spannungsfall“ handelt — mit brisanten Folgen. Es stellt sich nämlich die Frage nach Inkrafttreten der Notstandsgesetze. Rechtsanwalt Günter Werner (Bremen) hat die rechtlichen Vorschriften in einem Beitrag für die FR untersucht.

Nach den im Jahre 1968 verabschiedeten Notstandsgesetzen ist der Spannungsfall die Vorstufe des sogenannten Verteidigungsfalles, d. h. also des Kriegsfalls. Bereits die Feststellung des Spannungsfalles eröffnet der Bundesregierung weitreichende Möglichkeiten der Anwendung von Notstandsmaßnahmen, die mit großen Einschränkungen von Grundrechten verbunden sind. Im Prinzip läßt sich sagen, daß fast alle Maßnahmen, die für den Verteidigungsfall vorgesehen sind, ansatzweise oder jedenfalls vorbereitend auch schon für den Spannungsfall gelten können.

Normalerweise sieht der Artikel 80 a des Grundgesetzes vor, daß der Spannungsfall durch einen Beschluß des Bundestages mit Zweidrittelmehrheit festgestellt wird. Hierauf beziehen sich wohl die Äußerungen verschiedener SPD-Politiker.

In Art. 80 a Abs. 3 des GG ist jedoch außerdem die Möglichkeit vorgesehen, daß der Spannungsfall

„auch auf der Grundlage und nach Maßgabe eines Beschlusses zulässig (ist), der von einem internationalen Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages mit Zustimmung der Bundesregierung gefaßt wird“.

Dies bedeutet, daß durch einen Beschluß der zuständigen Gremien der NATO, d. h. vor allem des NATO-Rates, mit Zustimmung der Bundesregierung der Zustand herbeigeführt werden kann, der ansonsten nur durch eine Zweidrittelmehrheitsentscheidung des Bundestages möglich wird.

Damit hat die Diskussion um den sogenannten Bündnisfall eine bisher kaum erkannte Dimension für die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik. Zum ersten Mal seit Verabschiedung der Notstandsgesetze im Jahre 1968 und zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik überhaupt, ist die Anwendung dieser Notstandsmaßnahmen in greifbare Nähe gerückt.

Um welche Notstandsmaßnahmen kann es sich bei Erklärung des Span-

nungsfalles im einzelnen handeln? Zunächst enthält das Grundgesetz selber eine Reihe von einschneidenden Bestimmungen, die bei Feststellung des Spannungsfalles in Kraft treten:

— gemäß Artikel 87 a Abs. 3 Grundgesetz haben die Streitkräfte im Spannungsfall „die Befugnis, Zivilobjekte zu schützen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen, soweit dies zur Erfüllung des Verteidigungsauftrages erforderlich ist. Außerdem kann den Streitkräften im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle der Schutz ziviler Objekte auch zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen übertragen werden“.

— Mit der Feststellung des Spannungsfalles können also Bundeswehreinheiten im Innern zum Schutz „ziviler Objekte“ eingesetzt werden. Solche zivilen Objekte wären etwa Eisenbahnanlagen, Brücken, Bahnhöfe, Häfen, Flughäfen und ähnliches.

— Zuständig hierfür wären die Einheiten des sogenannten Territorialheeres der Bundeswehr, daß auch als „Heimatschutztruppe“ bezeichnet wird. Für den Bereich Bremens existiert hierfür das sogenannte Hanseatische Heimatschutzregiment.

Nach Artikel 12 a Abs. 5 Grundgesetz sind für den Spannungsfall Dienstverpflichtungen für alle Wehrpflichtigen vorgesehen, die nicht zur Bundeswehr selber oder zum Zivildienst einberufen werden. Zwar sollen Dienstverpflichtungen gemäß Artikel 12 A Abs. 3 Grundgesetz nur für den Fall möglich sein, daß der Spannungsfall durch eine Zweidrittel-Mehrheitsentscheidung des Bundestages festgestellt worden ist. Man muß aber sicher auch bei einer Feststellung des Spannungsfalles mittels eines NATO-Beschlusses davon ausgehen, daß zumindest Vorbereitungen für Dienstverpflichtungen getroffen werden.

Außerhalb des Grundgesetzes ist nach Verabschiedung der Notstandsgesetze eine Reihe sogenannter Sicherstellungsgesetze verabschiedet

worden. Dabei handelt es sich vor allem um das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, um das Arbeits-, das Wirtschafts-, das Ernährungs-, das Verkehrs- und das Wasser-Sicherstellungsgesetz.

Diese Gesetze enthalten eine Vielzahl von Bestimmungen, durch die die Regierung in die Freisphäre und die Lebensbedingungen des einzelnen eingreifen kann. So erlaubt das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes den Behörden die Anordnung von Aufenthaltsregelungen, d. h., daß der jeweilige Aufenthaltsort nur mit Erlaubnis verlassen oder ein bestimmtes Gebiet nicht betreten werden darf. Das Arbeitssicherstellungsgesetz sieht die Dienstverpflichtung praktisch der gesamten erwachsenen Bevölkerung für Zwecke der Verteidigung vor, unter anderem die Dienstverpflichtung für Frauen zur Arbeit in der „militärischen Lazarettorganisation“ (§ 2 Arbeitssicherstellungsgesetz).

Die anderen Sicherstellungsgesetze sehen etwa Möglichkeiten der Lebensmittelrationierung, den Einsatz von Verkehrsmitteln für Verteidigungszwecke und ähnliches vor.

Schwerwiegende Folgen hat die Feststellung des Spannungsfalles für diejenigen Wehrpflichtigen, die den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigern. Nach § 8 des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes fällt im Spannungsfall zum einen das erleichterte schriftliche Anerkennungsverfahren als Kriegsdienstverweigerer vor dem Bundesamt für den Zivildienst weg. Im Spannungsfall ist vielmehr ausschließlich wieder das mündliche Gewissensprüfungsverfahren vorgeschrieben. Noch schwerwiegender ist die Tatsache, daß für den Spannungsfall die aufschiebende Wirkung von Anträgen auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer entfällt.

Das Grundrecht auf Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe aufgrund Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetz wird damit bis zur Unkenntlichkeit eingeschränkt. Nach dem Wortlaut des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes bedarf es hierfür nicht einmal einer besonderen Anordnung der Bundesregierung. Mit der Feststellung des Spannungsfalles treten vielmehr diese Regelungen automatisch in Kraft.

Die hier aufgezählten Maßnahmen werden für den Fall, daß der Bündnisfall festgestellt wird, nicht automatisch eingreifen. Die Bundesregierung hat aber über die Notstandsgesetzgebung praktisch freie Hand.

# Bei Antrag entlassen

Immer mehr Soldaten und Reservisten versuchen derzeit, als Kriegsdienstverweigerer (KDV) anerkannt zu werden. In einem offenen Brief an das Freiburger Kreiswehrratsamt protestiert der Arbeitskreis kritischer Juristinnen und Juristen an der Universität Freiburg gegen die Praxis, auch verweigernde Reservisten einzuziehen und verweigernde Soldaten nicht sofort (vor der Anerkennung) vom Dienst zu befreien. Wir dokumentieren den Brief (leicht gekürzt) im Wortlaut:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedauern es sehr, daß Sie KDV-Anträgen von Soldaten und Reservisten keine aufschiebende Wirkung bis zur rechtskräftigen Entscheidung zubilligen.

Sie berufen sich in dieser Frage auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 1987 (BVerwG NVwZ 1987, 891 f), das in Ihrem Sinne entschied, indem es § 3 II 1 des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes (KDVVG) neu auslegte: Dieser Paragraph billigt – seinem Wortlaut und seiner systematischen Stellung im allgemeinen Teil des KDVVG entsprechend – allen KDV-Anträgen eine aufschiebende Wirkung zu. Das Oberste Verwaltungsgericht der BRD glaubte jedoch, den Paragraphen für „fehlplaziert“ halten zu dürfen und legte ihn – entgegen von Wortlaut und Systematik des Gesetzes – nach dem „Sinnzusammenhang“ (also nach dem von den Richtern gewünschten Ergebnis) aus: Soldaten und Reservisten seien in dieser Vorschrift gar nicht angesprochen.

An diesem skandalösen Urteil ist momentan nichts zu ändern. Allerdings ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein ohne gesetzlichen Vorbehalt gewährtes Grundrecht, das zumindest in seinem Kern auch nicht von dem zweifelhaften Verfassungsgut „Funktionsfähigkeit der Bundeswehr“ beeinträchtigt werden darf. Seinen Kern muß es jedoch gerade im Kriegsfall bewahren, sonst wäre das Grundgesetz eine nicht ernst zu nehmende „Schönwetterverfassung“.

Wenn das Bundesverfassungsgericht 1970 (BVerfGE 28, 243 ff) entschied, daß einem Kriegsdienstverweigerer bis zu seiner Anerkennung zu-

zumuten ist, bei der Bundeswehr Dienst zu tun, so bezog sich dieses Urteil ausdrücklich nur auf Friedenszeiten. In Friedenszeiten, so das Verfassungsgericht, sei durch diese Zumutung nur eine „formale Randposition“ (BVerfGE 28, 262) des Grundrechts berührt. Diese aus dem Blick von Kriegsdienstverweigerern zynisch klingende Bemerkung macht jedoch deutlich, daß sich die Gewichtung zwischen dem Grundrecht des einzelnen und dem „Grundrecht“ der Bundeswehr im Kriegsfall vertauschen muß.

Daß wir zumindest nicht mehr in Frieden leben, wissen wir (...). Das Grundrecht aus Art. 4 III GG ist wie alle Grundrechte „unmittelbar geltendes Recht“ und muß nun direkt angewandt werden. Es wäre menschenverachtend, Kriegsdienstverweigerer in Uniformen und Kasernen zu stecken und dort zittern zu lassen, ob ihr Antrag noch rechtzeitig vor einem Abtransport ins Kampfgebiet anerkannt werden wird. Das kann vom Grundgesetz nicht mehr gedeckt sein. Szenen wie die gewalttätige Verschleppung amerikanischer GI's an den Golf müssen uns erspart bleiben.

Es ist uns klar, daß nicht jedermann und jedefrau unsere kompromißlose Ablehnung des Krieges und der Bundeswehr teilt, insbesondere nicht Sie, die sich für den Dienst in dieser Institution entschieden haben. Dennoch dürfte Einigkeit zwischen uns darüber bestehen, daß der Schutz der Gewissensfreiheit zu den entscheidenden Fortschritten der abendländischen Verfassungsgeschichte gehört. Deshalb appellieren wir an Sie:

Verzichten Sie auf den erzwungenen Einsatz kriegsdienstverweigernder Soldaten und Reservisten!

Frankfurter Rundschau Nr. 20 - Do., 24.1.91

Ich möchte jedoch vor Antritt des Wehndienstes feststellen, daß ich nicht bereit bin, mein Leben als Soldat in Gefahr zu bringen für einen Staat, der



An das Kreiswehrratsamt...  
Betr.: Heranziehung zum Wehrdienst und Einsatz der Bundeswehr in der Golf-Region.  
Sehr geehrte Damen und Herren!  
Kürzlich wurde ich von Ihrem Amt gemustert. Ich bin grundsätzlich be-

Im Wortlaut: Brief für Wehrpflichtige  
„Einsatz verfassungswidrig“  
Der baden-württembergische SPD-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Staatssekretär im Bundesverweidigungsministerium, Andreas von Bülow (unser Bild), hat einen „Musterbrief“ für die Wehrpflichtigen und Reservisten seines Wahlkreises Ballingen entworfen, mit dem diese einen Einsatz im Zusammenhang mit dem Golf-Krieg als verfassungswidrig verweigern können. Der Brief im Wortlaut:

nur deshalb angegriffen wird, weil er sich seinerseits an Angriffen gegen einen Staat außerhalb des Bündnisgebietes beteiligt hat. Der Einmarsch Iraks in Kuwait ist völkerrechtswidrig. Aber Kuwait gehört nicht zur NATO. Es besteht folglich keine Verpflichtung der Bundesrepublik zum militärischen Eingreifen gegen Irak. Die UN-Resolution ändert hieran nichts. Sie gibt eine gewisse Rechtfertigung der Völkergemeinschaft auch für militärische Handlungen gegen den Irak, doch sie löst nicht den NATO-Bündnisfall aus.

Im Falle der Türkei mag die UN-Resolution die Angriffe amerikanischer Kampfflugzeuge von türkischem Boden ebenso legitimieren wie die aktive Beteiligung türkischer Militäreinheiten gegen den Irak. Der Bündnisfall jedoch kann nicht dadurch ausgelöst werden, daß Angriffe von türkischem Boden und durch türkisches Militär nun mit Gegenangriffen von seiten Iraks beantwortet werden. Aus der Presse ist zu entnehmen, daß die türkische Regierung bei ihrem Engagement im Golf-Konflikt durchaus auch Hintergedanken in bezug auf die Ölfelder des Irak hegt. Ich fühle mich

Frankfurter Rundschau – Nr. 25 – Mi., 30.1.91

als Wehrpflichtiger der Bundesrepublik Deutschland nicht verpflichtet Einsatzbefehlen Folge zu leisten, die meinen Einsatz in einem Konflikt vorsehen, der durch türkische Angriffsoperationen oder amerikanische Einsätze von türkischem Boden ausgelöst wird.  
Es liegt auch nicht in der Verantwortung eines deutschen Wehrpflichtigen, wenn nach einem Jahrzehnt des ungenannten Waffenexports aller NATO-Staaten zur Unterstützung eines Angriffskrieges Iraks gegen Iran Sanktionen nicht einmal eine Chance des Wirksamwerdens eingeräumt werden. Ein Land, das wie Irak fast sämtliche Einnahmen aus dem Verkauf von Öl über einige wenige Pipelines erzielt, muß durch ein eindeutiges und Blut vermeidendes Embargo bezwungen werden können. Ein Land, dem keine Waffen oder Ersatzteile mehr geliefert werden, dessen Waffen nicht mehr gewartet werden, wird in absehbarer Zeit zusammenbrechen, zumal mangels Öleinnahmen auch keine Zahlungsmittel zur Verfügung stehen.

Ich möchte daher von vornherein klarstellen, daß ich der Wehrpflicht im Rahmen der Verfassung und der Gesetze nachkommen will, daß sich meine Wehrpflicht jedoch auf diesen sich abzeichnenden Konfliktfall nicht erstreckt und ich den Kriegsdienst in diesem Fall als verfassungswidrig verweigern werde. Der Kriegsdienst mit der Waffe wäre in einem solchen Fall auch nicht mit meinem Gewissen zu vereinbaren.  
Mit freundlichen Grüßen...

**Collection Number: AG1977**

**END CONSCRIPTION CAMPAIGN (ECC)**

**PUBLISHER:**

*Publisher:- Historical Papers Research Archive*

*Location:- Johannesburg*

©2013

**LEGAL NOTICES:**

**Copyright Notice:** All materials on the Historical Papers website are protected by South African copyright law and may not be reproduced, distributed, transmitted, displayed, or otherwise published in any format, without the prior written permission of the copyright owner.

**Disclaimer and Terms of Use:** Provided that you maintain all copyright and other notices contained therein, you may download material (one machine readable copy and one print copy per page) for your personal and/or educational non-commercial use only.

People using these records relating to the archives of Historical Papers, The Library, University of the Witwatersrand, Johannesburg, are reminded that such records sometimes contain material which is uncorroborated, inaccurate, distorted or untrue. While these digital records are true facsimiles of paper documents and the information contained herein is obtained from sources believed to be accurate and reliable, Historical Papers, University of the Witwatersrand has not independently verified their content. Consequently, the University is not responsible for any errors or omissions and excludes any and all liability for any errors in or omissions from the information on the website or any related information on third party websites accessible from this website.

This document is part of a collection held at the Historical Papers Research Archive at The University of the Witwatersrand, Johannesburg, South Africa.